



## Gas-Embargo könnte bis zu 56.000 Jobs kosten

Oberösterreichisches Volksblatt | Seite 16 | 23. Juni 2022  
Auflage: 22.000 | Reichweite: 63.800

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

# Gas-Embargo könnte bis zu 56.000 Jobs kosten

Zeigt neue Studie für Oberösterreich – In ganz Europa rüstet man sich für Folgen eines Gas-Aus

Ein von machen EU-Ländern immer wieder ins Spiel gebrachte Gas-Embargo gegen Russland könnte gerade für Industrieregionen wie Deutschland oder eben auch Oberösterreich massive Auswirkungen haben. Wie Volkswirt Friedrich Schneider errechnete, könnte ein Gas-Embargo der EU bzw. ein Lieferstopp durch Russland in Oberösterreich bis zu 56.000 Menschen den Job kosten.

### „Schwierigste Studie“

In einer seiner „schwierigsten Studien“ seiner 40-jährigen Tätigkeit, wie Schneider betonte, entwarf er für das Institut Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) eine optimistische und eine pessimistische Variante für einen möglichen Gas-Stopp ab 1. Juli über die nächsten zwölf Monate. Bei der pessimistischen Variante würde es zu einem BIP-Rückgang um 6,5 Prozentpunkte kommen. 56.000 Menschen – knapp 12 Prozent der un-

selbstständig Beschäftigten – würden ihren Job verlieren. Optimistischeren Annahmen zufolge würde der BIP-Rückgang 3,41 Prozentpunkte betragen. 31.620 Personen (6,27 Prozent der Arbeitnehmer) würden ihren Job verlieren.

### Wenig Effekt in Russland

Daher sieht der Ökonom ein mögliches Gas-Embargo kritisch. Es würde wenig Effekt auf die Kriegskasse Wladimir Putins haben, denn es hätte einen Preisanstieg zur Folge, mit dem Russland die geringeren Liefermengen locker wettmachen würde, so Schneider. IWS-Chef Gottfried Kneifel sprach angesichts der aktuellen Situation und den drohenden Szenarien von einer der größten wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderung. Es gelte eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden, warnt er vor den Konsequenzen eines Gas-Embargos. Auch IWS-Präsi-



Warnen vor den Folgen eines Gas-Embargos: Friedrich Schneider (l.) und IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel.

Foto: IWS

dent Christoph Leitl macht sich für eine entsprechende Lösung stark. „Ich habe auch die Vertreterin der Wirtschaft Oberösterreichs im Europaparlament Angelika Winzig ersucht, auf der europäischen Ebene bewusstseinsfördernd einzuwirken“, betonte Leitl.

### EU-Länder sorgen vor

Nicht nur in Oberösterreich, quer durch Europa bereitet man sich auf mögliche Gas-

stop-Szenarien vor. Mehrere europäische Länder planen, die Gasversorgung zu regeln und sogar Strom zu rationieren für den Fall, dass die russischen Gasflüsse eingestellt werden, nachdem die Versorgung durch die Nord-Stream 1-Pipeline eingeschränkt wurde. Deutschland etwa hat ebenso wie Schweden die erste Stufe seines Notfallplans aktiviert. Viele Länder suchen nach Alternativen zu russischem Gas. cs